

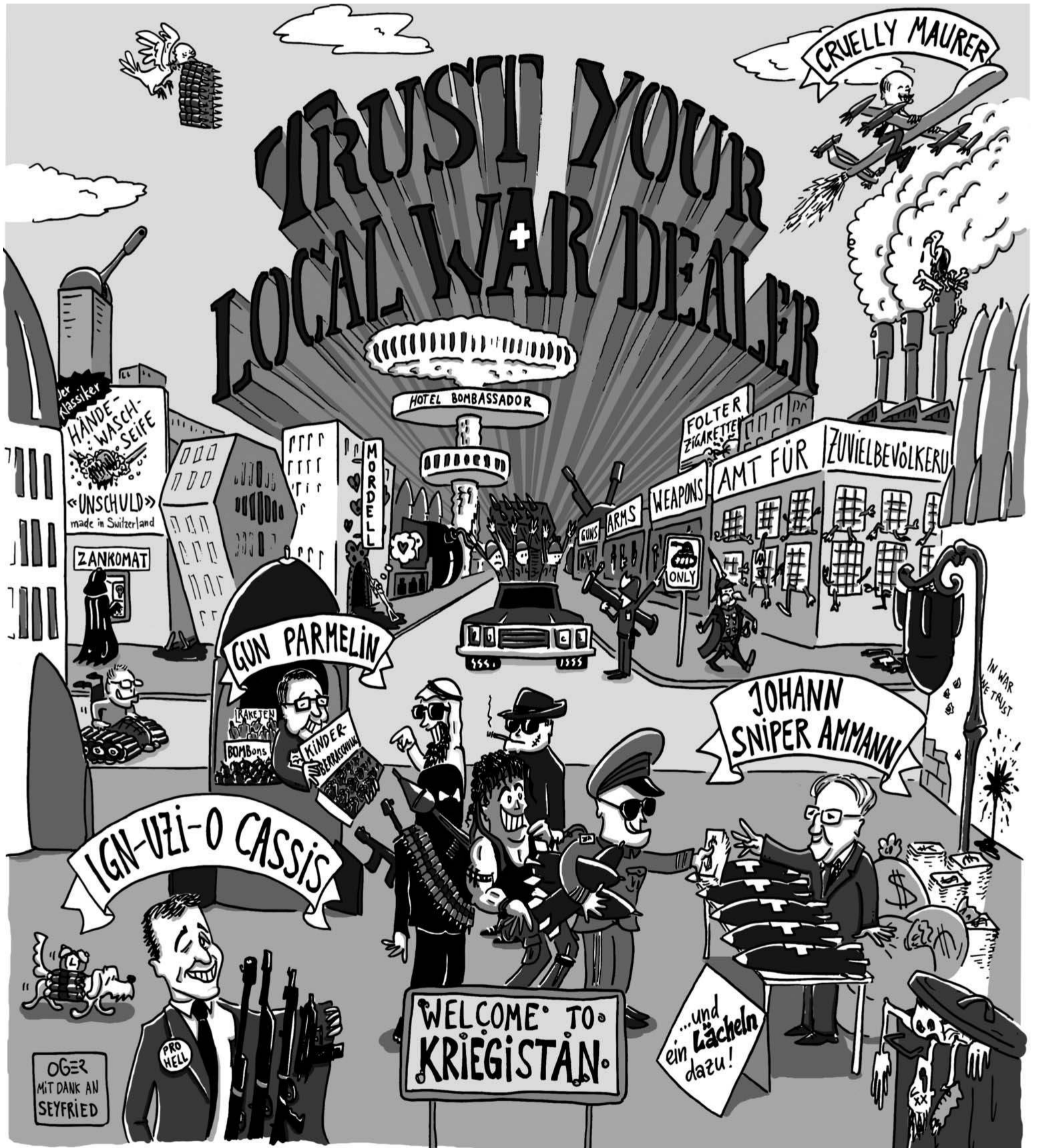
AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig September 2018 Nr. 175

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Bundesrat will Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer ermöglichen und beugt sich der jammernden Rüstungsindustrie (S. 3). Für uns und für viele andere (S. 2) ist ganz klar: Damit überschreitet die Regierung eine rote Linie. Was wir gegen die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) alles unternehmen wollen, erfahren Sie auf den Seiten 4 und 5. Doch nicht nur die Lockerung der KMV hält uns auf Trab: Der Zivildienst (S. 3) und das Grundrecht der Bewegungsfreiheit steht unter Beschuss (S. 6), die Kampfjet-Diskussion wird immer konkreter und die Armee soll schussichere Westen für rund 200 Millionen Franken erhalten (S. 6) – solche Westen hätten 1918 den TeilnehmerInnen des Landesstreikes wohl mehr gedient als den heutigen Soldaten (S. 7).

Doch nun zu etwas Positivem: Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist zustande gekommen! Und das Berner Referendum gegen das Polizeigesetz auch (S. 2). Zudem ist es uns gelungen, durch Beschwerden gegen den Pro-P-26-Dokumentarfilm eine Diskussion anzuregen (S. 7). Zum Schluss (S. 8) bleiben uns einmal mehr zwei Verabschiedungen in den Sekretariaten.

Wir wünschen eine gute Lektüre

Judith Schmid und das gesamte Redaktionsteam

PS: Nutzen Sie die Möglichkeit, uns auf Seite 7 Ihre Meinung zu sagen. Wir sind gespannt!

### AKTION

## StandUpForPeace

Im Mai 2018 war seit längerem bekannt, dass im Bundesrat über die Lockerung der Schweizer Waffenexportbestimmungen diskutiert wird. Wir, mehrere politisch interessierte FreundInnen, waren empört. Von Stephanie Wyss

Der Gedanke, dass die Schweiz nun Waffen sogar in Bürgerkriegsländer liefern will, hat uns traurig und wütend gemacht. Wir dachten uns, wieso reden wir nur darüber und tun nicht etwas dagegen? So begannen wir, uns politische Aktionen auszudenken.

Wir dachten an die amerikanische StudentIn-

nenbewegung gegen Waffen, die sich #students-standup nennt und kamen auf unseren politischen Namen #StandUpForPeace. Am 9. Juni 2018 war es soweit und eine erste Aktion mit über 100 Personen vor dem Hauptsitz der RUAG in Bern fand statt. Einige Tage später hat der Bundesrat wie befürchtet die Lockerung der Waffenexporte genehmigt. Begeistert von der ersten Aktion und empört über die Lockerung luden wir spontan zur nächsten Demonstration am 1. Juli 2018 auf dem Bundesplatz ein.

Unser Hauptziel bleibt die Bevölkerung durch mehrere kleinere oder auch grössere Aktionen auf die Schweizer Waffenpolitik aufmerksam zu machen. #StandUpForPeace und zwar **jetzt**.



StandUpForPeace in Aktion

## Workshoptag vom 1. September abgesagt

(mk) Eigentlich hätten wir Sie gerne zu einem Weiterbildungs- und Netzwerktag mit insgesamt sechs Workshops eingeladen. In der letzten GSoA-Zeitung haben wir Ihnen bereits den 1. September zum Eintragen in die Agenda empfohlen. Aus Zeitgründen müssen wir den «Workshoptag: Die Schweiz zwischen Konfliktlösung und Kriegstreiberei» nun aber leider absagen. Der Entscheid des Bundesrates, die Kriegsmaterialverordnung zu lockern, damit die Rüstungsindustrie neu auch in Bürgerkriegsländer Waffen exportieren kann, kommt zusätzlich zu unserem Einsatz gegen neue Kampfjets und für einen starken Zivildienst hinzu. Um diesen Themen die erforderliche Aufmerksamkeit zu gewähren, muss der Workshoptag auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Wir halten Sie auf dem Laufenden und informieren Sie über die GSoA-Zyting und unseren Newsletter über das neue Datum. In der Zwischenzeit freuen wir uns, wenn Sie uns bei unseren anderen Aktivitäten unterstützen!

### KRIEGSGESCHÄFTE

## Eine mehr als notwendige Initiative

Mit grosser Freude haben wir am 20. Juli erfahren, dass die Kriegsgeschäfte-Initiative offiziell zustande gekommen ist. Dank des Engagements aller Organisationen und AktivistInnen dauerte es nur fünfzehn Monate, um über 130'000 Unterschriften zu sammeln. Von Muriel Waeger

Mit der Freude und Dankbarkeit gegenüber allen, die Unterschriften gesammelt haben, kommt auch die Erkenntnis, dass unsere Initiative notwendiger ist denn je. Wir können nicht länger stumme ZeugInnen der Gräueltaten sein, welche mithilfe unseres Geldes auf der ganzen Welt begangen werden. Mit diesem ersten Schritt, der Nationalbank und Pensionskassen Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten zu verbietet, hoffen wir, dass der Druck der BürgerInnen auch den Privatsektor zwingen wird, diese unmenschlichen Investitionen aufzugeben.

Der Don't Bank on the Bomb-Bericht 2018 zeigt die Dringlichkeit der Situation schon nur im Bereich der Atomwaffen: Die UBS ist die Schweizer Bank, die am massivsten an diesem Geschäft mit dem Tod beteiligt ist und mehr

als vier Milliarden Dollar in 11 der 20 untersuchten Unternehmen investiert. Die Credit Suisse ihrerseits investiert 784 Millionen Dollar in sechs der 20 Produzenten von Atomwaffen.

### Aktionen in der Romandie

Im Juni verurteilte die GSoA diese massiven Investitionen der beiden grössten Schweizer Banken in diese Geschäfte mit einer Aktion gegen die UBS und die Credit Suisse auf dem Genfer Place Bel-Air. Doch eine Aktion allein reicht nicht aus, weshalb in der Westschweiz eine Kampagne gestartet wurde, um Hunderte von Briefen an die Geschäftsleitungen der UBS und der Credit Suisse zu senden. Dies mit dem Ziel, dass die beiden Banken aufhören, in Unternehmen zu investieren, die Kriegswaffen herstellen, und sich damit zu Komplizen bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit machen.

Mit diesem zusätzlichen Druck ihrer KundInnen hoffen wir, dass die UBS und die Credit Suisse den Weg der Publica und anderer Pensionskassen beschreiten werden, die bereits beschlossen haben, nicht mehr in das Geschäft mit dem Tod zu investieren.



Medienwirksame Aktion in Genf gegen das blutige Geschäft der Banken. Foto: David Ramseyer

### POLIZEIGESETZ

## Referendum gegen das Polizeigesetz im Kanton Bern zustande gekommen!

Der Grosse Rat des Kantons Bern beschloss im März 2018 eine Totalrevision des kantonalen Polizeigesetzes mit äusserst bedenklichem Inhalt. Dagegen hat ein breites Bündnis das Referendum ergriffen. Die GSoA Regionalgruppe Bern sammelte fleissig mit. Von Michaël Christen

Nach dem Kanton Luzern und dem deutschen Bundesland Bayern verschärft auch der Kanton Bern sein Polizeigesetz. Mit dem neuen Gesetz wären in der Bundeshauptstadt sowie im gesamten Kanton Bern beinahe keine Kundgebungen mehr möglich. Wenn sich beispielsweise nur schon eine Person an einer Demonstration daneben benimmt, können die Einsatzkosten der Polizei an die OrganisatorInnen überwältigt werden – und zwar bis zu 30'000.– Franken. Dieses Kostenrisiko können sich nur die wenigsten Organisationen leisten, die GSoA jedenfalls nicht.

Ausserdem hat das neue Gesetz eine klar diskriminierende Bestimmung gegenüber Fahrenden. Dies hat sogar den damaligen FDP-Regierungsrat Hans-Jürg Käser dazu bewogen, «sein» Gesetz zu kritisieren. Des Weiteren sollen der Wegweisungsartikel verschärft, sowie der Schnüffelstaat ausgebaut werden.

Dagegen haben ein Bündnis um die AL Bern, die Demokratischen JuristInnen Bern, die JUSO, die Grünalternative Partei, das Grüne Bündnis, die PdA, die JA! zusammen mit der GSoA Regionalgruppe Bern und weiteren Organisationen das Referendum ergriffen und erfolgreich gesammelt. Die Bevölkerung im Kanton Bern wird also an der Urne bestimmen können, ob die Bundeshauptstadt weiterhin der Austragungsort von nationalen Kundgebungen sein kann.

Weitere Infos: [www.polizeigesetz-nein.be](http://www.polizeigesetz-nein.be)

## ZIVILDIENTST

# Unnötiger Angriff – mit fragwürdiger Wirkung

Schon lange wurde sie angedroht, nun liegt die Vorlage auf dem Tisch: Die Änderungen des Zivildienstgesetzes. Ein krasser, unverhältnismässiger Angriff auf einen wertvollen Dienst.

Von Magdalena Küng

Es geht nur um eines: Die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst verkleinern. Und zwar «substantiell». Das Dienstpflichtsystem überdenken? Fehlannonce. Kritik an der Armee? Schon recht nicht. Der Bundesrat setzt auf die vollständige Diskriminierung von Zivildienstleistenden, ohne auch nur einen kritischen Gedanken über Sinn und Zweck der Armee zu verschwenden. Dass der Zugang zum Zivildienst erschwert werden soll, begründet der Bundesrat mit der Gefahr, der festgelegte Sollbestand von 100'000 Soldatinnen und Soldaten könne nicht mehr sichergestellt werden. Ob eine so grosse Armee überhaupt notwendig ist, ist einmal mehr überhaupt nicht das Thema. Wohlgemerkt: Der Effektivbestand der Armee befindet sich auch nach dem abgeschlossenen Projekt «Weiterentwicklung der Armee WEA» auf unverständlich hohem Niveau, nämlich 166'519 Dienstpflichtige anfangs 2016.

## Massnahmen begünstigen blauen Weg

Dass immer mehr Soldaten in den Zivildienst wechseln, ist ein Fakt. Ob dies ein sicherheitspolitisches Problem darstellt, bleibt aber fragwürdig. Und genau deswegen sind die sieben Massnahmen, die der Bundesrat nun vorlegt, nicht zu rechtfertigen. Mehr noch, sie sind absolut kontraproduktiv. Denn das Einzige, was die Änderung des Zivildienstgesetzes erreichen wird, sind mehr Dienstpflichtige, die den blauen Weg einschlagen. Wird einer Person, die nicht gewillt ist, seine Zeit mit sinnbefreitem Absitzen und Kalte-Krieg-Spielchen zu verbringen der Zugang zum Zivildienst auf schikanierende Weise verwehrt,

so wird er sich nicht plötzlich für das Militär begeistern, sondern Wege suchen, um direkt die Ersatzabgabe bezahlen zu können. Und damit gewinnt man nicht mehr Soldaten, sondern verursacht fehlende Einsätze in Altersheimen, in der Landwirtschaft, oder bei der Betreuung von Schulkindern.

Die erste der sieben geplanten Massnahmen ist eine Mindestanzahl an Zivildiensttagen: Der verlängernde Faktor 1,5 bleibt, neu aber müssen mindestens 150 Tage Zivildienst geleistet werden. Wenn ein Soldat noch einen einzigen WK, also 21 Diensttage Wehrpflicht, absitzen müsste, so muss er im aktuellen System 32 Tage Zivildienst leisten. Das neue System ist eine einzige Schikane, denn neu wären es 150 Diensttage. Dies führt auch den Faktor 1,5 ad absurdum, denn in diesem Beispiel gilt bereits ein Faktor 7.

## Sinn und Zweck des Zivildienstes ad absurdum geführt

Eine zweite Massnahme zur Abschreckung vom Wechsel in den Zivildienst ist eine 12-monatige Wartefrist zwischen Einreichung des Gesuchs und effektivem Wechsel. Dies soll der Armee Zeit verschaffen, um interne Massnahmen einzuleiten und den betroffenen Soldaten dazu zu bewegen, doch im Militär zu bleiben. Wieso solche Abklärungen nicht in einer kürzeren Zeit erledigt werden können, bleibt schleierhaft. Krass erscheint diese Frist auch, wenn man sich einen Soldaten vorstellt, dem erst im Militär klar wurde, dass die Strukturen und Abläufe innerhalb der Armee nicht mit seinem Weltbild vereinbar sind. Zwölf Monate warten zu müssen, bevor die Waffe aus der Hand gegeben werden darf, führt zu unnötigem Stress und Belastung und führt den ursprünglichen Sinn und Zweck des Zivildienstes ad absurdum.

Die dritte und vierte Massnahme zielen darauf ab, Qualifizierte zum Militärdienst zu zwingen. Der Faktor 1,5 soll in Zukunft auch

für Unteroffiziere und Offiziere gelten. Dass Soldaten, in deren Ausbildung armeeeintern viel Zeit investiert wurde, im Heer behalten werden wollen, leuchtet ein. Hier zeigt sich aber deutlich, dass der Wechsel in den Zivildienst vor allem mit der Sinnkrise der Armee zu tun hat. Wenn ein Offizier, der sich intensiv mit der Armee und ihren Möglichkeiten und Funktionsweisen auseinandergesetzt hat, den Ersatzdienst bevorzugt, müsste sich dann nicht die Armee selbst einige Fragen stellen? Mediziner sollen ebenfalls bei der Armee bleiben. Die Abschreckungsmassnahmen sehen vor, dass Zivildienstleistungen für Mediziner nur noch dann erlaubt sind, wenn sie nicht auf ihrem Berufsfeld arbeiten.

Die Massnahmen fünf (Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit null Restdiensttagen), sechs (Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung) und sieben (langer Zivildienstesatz im ersten Kalenderjahr ab Zulassung) sollen die Gleichwertigkeit der beiden Dienstsyste garantieren. Die beiden Dienste sind aber gar nicht erst vergleichbar: Der Wehrzwang ist ein verfassungsrechtlicher Fehler, welcher der heutigen Zeit nicht mehr entspricht. Der Zivildienst ist ein Ersatz dafür, der sich zum einem sozial relevanten Pfeiler der Gesellschaft gewandelt hat. Gewinnbringender für die Schweiz wäre es, den Zivildienst unabhängig vom Militär zu gestalten, anstatt alle Dienstwilligen an der Waffe zu vergraulen.



Wertvoller Dienst an der Gesellschaft. Foto: Yushiko Kusano

## KRIEGSMATERIALEXPORTE

## Zwischenbilanz

Der Bundesrat begründet die weitere Lockerung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) mit einer existenzbedrohenden Lage der Rüstungsindustrie. Doch die Exporte brummen. Von Adi Feller

Die Rüstungsindustrie jammert etwas von Krise und der Bundesrat erfüllt ihr jeden Wunsch. Doch die längerfristigen Exportzahlen sprechen eine andere Sprache: Während den ganzen 1990er Jahren exportierte die Schweizer Rüstungsindustrie für jährlich knapp 250 Millionen Franken Waffen. Erst die globalen Militäroffensiven der USA, insbesondere die Invasionen in Afghanistan und im Irak unter dem Deckmantel des «War on terror», liessen die Rüstungsexporte gerade

auch der Schweizer Rüstungsindustrie massiv ansteigen. Die Industrie gewöhnte sich an höhere Umsätze und dass sich immer eine «gute» Begründung für Waffenlieferungen finden lässt.

Im ersten Halbjahr 2018 exportierte die Schweiz total Kriegsmaterial für 205 Millionen Schweizer Franken. Im Vergleichshalbjahr 2017 waren es «nur» 160 Millionen Franken. Waffen für fast 20 Millionen Franken gingen in Länder im Nahen Osten. Einen grossen Teil davon lieferte die Schweizer Rüstungsindustrie an Länder, die in den Bürgerkrieg in Jemen verwickelt sind. Schweizer Rüstungsgüter sind insbesondere auch bei den Luftwaffen von Saudi-Arabien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten zu finden, die beide mit militärischen Trainingsflugzeugen vom Typ Pilatus PC-21 trainieren, gerade auch das Bombardieren.

## RUAG

## Endlich uneingeschränkt am Tod verdienen

Die RUAG will viel Geld verdienen am Geschäft mit dem Tod. Lästig sind deshalb alle Gesetze und Verordnungen, die sie daran hindern. Nun scheint sich aber für die Rüstungsschmiede eine Lösung abzuzeichnen, welche ganz in ihrem Sinne sein dürfte.

Von Martin Parpan

Die RUAG, zu 100 Prozent im Besitz der Schweizerischen Eidgenossenschaft, führte in den letzten 20 Jahren eine enorm aggressive Expansionsstrategie durch. So kaufte sie Firmen in Australien, den USA, Ungarn, den Vereinigten Arabischen Emiraten und will nun eine Munitionsfabrik in Brasilien bauen. Dieser Umstand führte selbst bei bürgerlichen PolitikerInnen zur Frage, wer denn nun eigentlich kontrolliere, dass die Schweizer Exportkontrollen bei diesen Auslandniederlassungen

eingehalten werden. Das Seco sieht sich dafür nicht zuständig und das VBS sieht den Verwaltungsrat der RUAG in der Pflicht. Das Problem dabei ist, dass im RUAG-Verwaltungsrat kein einziger Vertreter des Bundes sitzt. Der Bundesrat will dieses Problem nun aus der Welt schaffen, indem er die RUAG in eine nationale und eine internationale Gesellschaft aufteilt. Das internationale Geschäft könnte eines Tages verkauft werden und dieser internationale Teil müsste sich nicht an die Schweizer Kriegsmaterialexportregeln halten. Den Finanzchef der RUAG würde es freuen. Endlich könnte man sich den lästigen Widersprüchen entledigen und noch hemmungsloser am Geschäft mit dem Tod verdienen. Fazit: Wenn rüstungsfreundliche PolitikerInnen und die RUAG zusammenspannen, zeigt sich einmal mehr diese hässliche und menschenverachtende Fratze. Abscheulich.

ALLIANZ GEGEN LOCKERUNG

## Breite Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

Ende Juni hat der Bundesrat kommuniziert, dass er die Kriegsmaterialverordnung (KMV) dahingehend anpassen will, dass neu Waffen auch in Bürgerkriegsländer exportiert werden können. Eine breite Allianz mit Unterstützung aus Kirchen und dem bürgerlichen Lager wehrt sich dagegen. Von Lewin Lempert

Man stelle sich vor, dass ein x-beliebiger Lobbyverein einen Brief schreiben kann und der Bundesrat nur aufgrund dieses Briefes gleich selbst die gesetzlichen Grundlagen im Sinne des Lobbyvereins anpasst. Eigentlich denkt man: Das ist Politik, wie sie in einer Bananenrepublik stattfindet. Doch wenn es sich bei diesem Lobbyverein um die Schweizer Rüstungsindustrie handelt, dann heisst diese Bananenrepublik Schweiz. Ende 2017 hatte sich die Rüstungsindustrie in einem Brief an die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SIK-S) gewendet. Man wolle gerne Waffen in Bürgerkriegsländer exportieren, hiess es. Die Öffentlichkeit war empört, doch die SIK-S lud sogleich die zuständigen Departemente in ihre Sitzung ein. Diese sagten daraufhin den StänderätInnen, dass sie die

entsprechende Verordnung anpassen werden. Eine demokratische Abstimmung im Parlament – nicht einmal eine Abstimmung in der Kommission – war anscheinend nicht nötig. Die humanitäre Tradition der Schweiz war keinen Pfifferling wert. Während Didier Burkhalter als FDP-Bundesrat noch regelmässig mit der SP und der CVP-Vertreterin zusammen gegen gewisse Rüstungsexporte stimmte, kippten mit der Neubesetzung in der Person von Ignazio Cassis die Mehrheitsverhältnisse. Ende Juni fiel dann der definitive Entscheid, die Kriegsmaterialverordnung anzupassen und neu Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben.

Nach diesem Entscheid gingen die Wogen hoch: 150 PfarrerInnen aus dem Kanton Zürich wandten sich an den Bundesrat, die Organisation Caritas veröffentlichte einen Blog-eintrag mit dem Titel «Bundesrat überschreitet rote Linie» und selbst SVP-Nationalrätin Nathalie Rickli hatte im Vorhinein das Vorhaben des Bundesrates kritisiert. Dies waren nur einige Beispiele, um den Widerstand gegen diesen menschenverachtenden Entscheid zu illustrieren. Während den Sommermonaten entstand daraufhin eine unabhängige Allianz

gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer, welcher auch die GSoA angehört. Mitte September trat diese an die Öffentlichkeit – mit Unterstützung von BDP-Präsident Martin Landolt, GLP-Nationalrat Beat Flach, SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf, Grünen-Nationalrätin Lisa Mazzone und Helvetas-Präsidentin Therese Frösch. Unterstützung erhielt die Allianz von Hilfswerken wie Amnesty Schweiz, SWISSAID oder Public Eye und aus kirchlichen Kreisen. An der Pressekonferenz am 10. September war die Botschaft unmissverständlich: Wir zeigen dem Bundesrat die rote Karte! Die Allianz forderte den Bundesrat auf, den inakzeptablen Entscheid rückgängig zu machen. Gleichzeitig soll im Parlament eine Mehrheit gesucht werden, die sich gegen den bundesrätlichen Fehlentscheid zur Wehr setzt. Zu guter Letzt wurde ein Aufruf lanciert, um 25'000 Personen zu finden, welche bereit wären, für eine allfällige Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer mindestens vier Unterschriften zu sammeln. Auf der Website [www.korrektur-initiative.wecollect.ch](http://www.korrektur-initiative.wecollect.ch) können Sie diesen Aufruf unterstützen.

Anfang September berichtete die Zeitung «SonntagsBlick» über Ruag-Handgranaten

beim IS in Syrien. Dieses traurige Beispiel zeigt, wie schon heutzutage Schweizer Waffen in den falschen Händen landen und dazu beitragen, dass weitere Menschen im Krieg leben müssen und in die Flucht getrieben werden. Schon heute bewilligt hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gewisse Waffenexporte in Länder, welche an Bürgerkriegen beteiligt sind, zwar schon bewilligt. Dies geschah aber bis zum heutigen Tag auf einer illegalen Basis, wie beispielsweise auch 70 RechtsprofessorInnen in einem offenen Brief an den Bundesrat vor einigen Jahren bestätigt haben. Sollte nun die geplante Ordnungsänderung des Bundesrates, Waffen in Länder liefern zu können, welche an einem internen Konflikt beteiligt sind, durchkommen, werden diese menschenverachtenden Entscheidungen juristisch legitimiert. Zudem ist anzunehmen, dass die Exporte in Krisenregionen zunehmen würden. Um diese Entwicklung aufzuhalten, ist die politisch breit getragene Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer umso wichtiger und verdient die vollumfängliche Unterstützung der GSoA.

BÜRGERKRIEGSLÄNDER

## Direktbetroffene erzählen

In einem Video erzählen geflüchtete Menschen, was sie davon halten, wenn sie hören, dass mit der Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung Schweizer Waffen in Bürgerkriegsländer geliefert werden können. Der Tenor ist einstimmig: Nichts! Von Judith Schmid

«Als ich klein war, zehn Jahre alt, da habe ich gelernt, dass die Schweiz ein neutrales Land ist», erzählt Pitschou aus dem Kongo und fragt: «Also, warum soll sich die Schweiz jetzt in dieses Geschäft verstricken?» Auch Mah-

moud aus Syrien kann es nicht verstehen: «Schon immer nutzen Menschen Waffen für Schlechtes und Gutes – das spielt keine Rolle, denn letztlich sterben dadurch Menschen.» Während sich nun die Schweizer Rüstungsproduzenten die Hände reiben und mehr Umsatz entgegenfeiern, sitzen Mahmoud und Pitschou gemeinsam mit tausenden anderen Menschen auf der griechischen Insel Lesbos fest. Sie leben in einem spärlich eingerichteten und menschenunwürdigen Camp. «Wir sind alle Zeugen davon, wie überall Menschen sterben und Menschen sich gegenseitig töten»,

beschreibt Sarah aus Afghanistan ihre Erfahrung.

Bomben, Raketen und Waffengewalt haben diese Menschen zu Flüchtlingen gemacht und gezwungen, ihr Leben in einem Schlauchboot auf der Ägäis ein weiteres Mal zu riskieren. Sie kommen auf der Suche nach Frieden in den Westen – dorthin wo die meisten Rüstungsgüter herkommen. Das Video hat die GSoA gemeinsam mit der NGO One Happy Family und dem SP-Nationalrat Fabian Molina veröffentlicht.

Link zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=iEJusuqmDsw>



Mahmoud aus Syrien im Video gegen die KMV-Lockerung. Bild: One Happy Family/GSoA

## Kriegsmaterialverordnung

1998

Am 1. April 1998 trat die Kriegsmaterialverordnung (KMV) in Kraft. Seither wurden verschiedenste Änderungen am Gesetzestext vorgenommen.

2002

2002 wurden einige Präzisierungen und Anpassungen bei den Exportkriterien vorgenommen.

2006

2006 erweiterte der Bundesrat den Artikel 5a der KMV um einige friedenspolitische Punkte, die bei einer Exportbewilligung zu berücksichtigen waren.

2008

Seit 2008 sind erstmals auch explizite Verbotgründe aufgeführt. Schweizer Waffen durften gemäss KMV nicht mehr an Länder geliefert werden, die in Kriege verwickelt sind oder die Menschenrechte schwerwiegend verletzen. Ebenfalls durften ab diesem Jahr keine Waffen mehr in Länder ausgeführt werden, die auf der OECD-DAC-Liste als Empfänger von öffentlicher Entwicklungshilfe aufgeführt waren.

## Chronik der Änderungen

WESTSCHWEIZER ALLIANZ

# Aktiv gegen die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung

Nachdem der Bundesrat die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) angekündigt hatte, wurden in allen Grossräten der Westschweiz parlamentarische Initiativen eingereicht, um ein klares Signal nach Bern zu senden: Der Bundesrat muss zurückbuchstabieren!

Von Julien Repond

Vier Jahre nach der Lockerung im Jahre 2014 hat sich die rechte Mehrheit des Bundesrates erneut der Waffenlobby gebeugt und die KMV zusätzlich gelockert. Zusätzlich zu den bereits erlaubten Waffenlieferungen an Länder, die systematisch die Menschenrechte verletzen, werden nun auch Waffen an Länder geliefert, in denen Bürgerkrieg herrscht. Der Bundesrat hat jedoch bei der Abstimmung über die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten im Jahr 2009 versprochen,

die Exportbestimmungen nicht zu lockern. Mit diesem Beschluss tritt die Regierung zudem das Neutralitätsprinzip des Landes und die humanitäre Tradition der Schweiz, Depositarstaat der Genfer Konventionen und Gründungsland des Roten Kreuzes, mit Füssen. Die jüngste Entscheidung der Regierung, die KMV aufzuweichen, hat natürlich viele Einwände hervorgerufen, insbesondere in der Romandie, wo mehrere Kantone den Bundesrat auffordern, seinen Entscheid rückgängig zu machen.

## Kantonale Initiativen sollen den Bundesrat zum Einlenken zwingen

Um sich in Bern Gehör zu verschaffen, haben die kantonalen Gesetzgeber die Möglichkeit, über parlamentarische Initiativen abzustimmen, die Anträge an die Bundesversammlung oder den Bundesrat richten. Mit Hilfe dieses

Instruments wollen, koordiniert von der GSoA, mehrere Kantone verhindern, dass der Bundesrat die KMV lockert. Nach Genf, wo eine grüne Abgeordnete eine Resolution einreichte, welche die Mehrheit des Grossen Rates guthiess, die sich von der CVP über die Grünen und die SP bis zu Ensemble à Gauche erstreckt, wurden ähnliche Texte in anderen Kantonen eingereicht, verabschiedet und angenommen.

## Mehrheiten in Neuenburg und Waadt

Im Kanton Neuenburg wurde ein von einem Mitglied von SolidaritéS vorgelegter Text auch von der Mehrheit der Fraktionen der POP-SOL, der SP, der Grünen, der Grünliberalen und der CVP unterstützt. Im Kanton des ehemaligen Bundesrates Didier Burkhalter, der sich öffentlich gegen die Lockerung der KMV aussprach, kam die Unterstützung auch von der FDP. Der Antrag wurde am 27. Juni mit 74 zu 22 Stimmen angenommen. Dasselbe geschah im Kanton Waadt, wo der von einer grünen Abgeordneten vorgelegte Text die Unterstützung einer Mehrheit der

Abgeordneten, vom Ensemble à Gauche bis in die Mitte des politischen Spektrums, voraussichtlich erhalten wird.

## Spannung in den restlichen Westschweizer Kantonen

In den verbleibenden drei Westschweizer Kantonen (VS, JU, FR) haben SP-Abgeordnete den gleichen Text vorgelegt. Die CVP wird eine entscheidende Rolle spielen, da in diesen Kantonen eine politische Mehrheit das Bündnis von Linken und Christdemokraten erfordert. Die verschiedenen Westschweizer Sektionen der Partei von Bundesrätin Doris Leuthard sollten ihre gewählte Vertreterin nicht im Stich lassen; sie selbst ist nämlich auch gegen eine Lockerung der KMV.

Was die Lockerung der KMV betrifft, wird am Ende der verschiedenen parlamentarischen Prozesse innerhalb der Kantone der Bundesrat wiederholt Widerstand zu spüren bekommen. Diesen muss er berücksichtigen, will er nicht Gefahr laufen, zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, Verbände, Parteien, und Kantone komplett vor den Kopf zu stossen!



GSoA-Aktion gegen die KMV-Lockerung

## Das gebrochene Versprechen

(aw) Im August 2008 kommunizierte der Bundesrat, dass er die GSoA-Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» ablehne. In derselben Pressekonferenz kündigte die damalige Vorsteherin des Wirtschaftsdepartements, Doris Leuthard, an, dass künftig unter anderem Waffenlieferungen an Länder verboten würden, welche die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen oder die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Die Ansage war klar: Der Bundesrat verschärft die Gesetzgebung, um der Kriegsmaterial-Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Im Abstimmungskampf machte sich die Waffenlobby das Versprechen zum erfolgreichen Mantra: Wir müssen Arbeitsplätze retten, und darin ist nichts auszusetzen, denn der Bundesrat garantiert, dass keine Schweizer Waffen in bewaffnete Konflikte gelangen. Auch Johann Schneider-Ammann, damals noch FDP-Nationalrat, argumentierte in den Medien: «Unsere strenge Gesetzgebung verbietet Ausfuhren in Gebiete, die in einem Konflikt stehen.»

Indem der Bundesrat nun wieder Waffenexporte an Länder erlauben will, die in einen Bürgerkrieg verwickelt sind, bricht er seine Zusicherung von 2008 auf eklatante Weise. Es sind im Moment zu einem guten Teil noch dieselben PolitikerInnen in der Verantwortung, die vor zehn Jahren mit dieser Argumentationslinie die Kriegsmaterial-Initiative bekämpften. Die Korrektur-Initiative wird der Schweizer Stimmbevölkerung die Möglichkeit geben, sie auf ihr Versprechen zu behaften.

2009

Während des Abstimmungskampfes zur Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» 2009 hatte Bundesrätin Doris Leuthard mehrfach versprochen, dass keine Waffenausfuhren an Länder wie Pakistan, Saudi-Arabien oder Ägypten, welche die Menschenrechte mit Füssen treten oder in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, bewilligt würden. An diese Versprechen hat sich der Bundesrat jedoch nach der Ablehnung der Initiative nicht mehr erinnert.

2014

Seit 2014 ist die Beachtung der OECD-DAC-Liste nur noch eine Empfehlung und kein Grund für eine Bewilligungsverweigerung mehr. Viel schlimmer war aber die im gleichen Schritt vorgenommene Untergrabung der Regelung, die Exporte in Länder verhinderte, die systematische Menschenrechte verletzen. Seit 2014 kann nun eine Bewilligung erteilt werden, wenn das Empfängerland zwar die Menschenrechte verletzt, aber nur ein «geringes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial zur Begehung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird».

2018

2018: Im Juni gab der Bundesrat bekannt, dass er Waffen in Länder exportieren will, in denen Bürgerkrieg herrscht. Ein neuer Höhepunkt dieser menschenverachtenden Ausfuhrpolitik, welche die Gewinne der Rüstungsindustrie höher gewichtet als Menschenleben.

## ARMEEBOTSCHAFT

## Seilziehen der Vernunft – und am Schluss gewinnt doch die Armee

Es ist nichts Neues, dass der Nationalrat der Armee alle Wünsche erfüllt. Ein kleiner Sparversuch seitens des Ständerates wurde ohne mit der Wimper zu zucken wieder gestrichen. Von Magdalena Küng

Jeder normale Mensch muss, bevor er oder sie hohe Ausgaben tätigt, sparen. Nicht so die Schweizer Armee. Die Armeebotschaft 2018 beläuft sich auf knapp 2,1 Milliarden Franken – in etwa gleich hoch wie schon 2017. Schon wieder sollen beispielsweise 172 Millionen Franken für Munition oder 100 Millionen Franken für Nachbeschaffungen ausgegeben werden. Und dies wohlbemerkt kurz bevor sich das Stimmvolk sich zu einem Kostenrahmen von satten 8 Milliarden Franken für unnötige Kampffjets und ein neues Boden-Luft-Verteidigungssystem äussern soll.

### Rund 200 Millionen für neue Kleider

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) hatte sich im Frühling dazu durchringen können, ein bisschen Vernunft anzuwenden. Obwohl auch hier grundlegende

Kritik an der Armeebotschaft fehlte, beantragte die Kommission immerhin eine Halbierung des Kredits für ballistischen Körperschutz von 199 Millionen Franken. Dass ein reales Szenario, für das sämtliche Armeeangehörige mit schusssicherem Ganzkörperschutz ausgerüstet werden müssten, schlicht und einfach fehlt, will der Nationalrat aber nicht sehen – und nimmt die knapp 100 Millionen wieder in das ohnehin schon immense Armeebudget auf.

### Armee bleibt am WEF

Gleichzeitig mit der Armeebotschaft legte der Bundesrat auch den Antrag für vier weitere Jahre Armeepräsenz am World Economic Forum (WEF) vor, das jährlich in Davos stattfindet. Ab 2019 kostet der Einsatz der Armee jährlich 32 Millionen Franken. Die Notwendigkeit dieses Grosseinsatzes wird unter anderem damit begründet, dass die linksextreme Szene eine hohe Gewaltbereitschaft zeige. Dies, obwohl es in den letzten Jahren nie zu Zwischenfällen gekommen ist. Die starke Präsenz der Armee aber ist ein Schlag ins Gesicht einer modernen Demokratie, in der Kritike-

rInnen das Recht verteidigen wollen, gegen das jährliche Cüpli-Trinken der weltweiten Elite protestieren zu dürfen. Für weitere vier Jahre werden sie nun davon abgehalten – von Soldaten, die aus ihren eigenen Steuergeldern finanziert werden.

Die horrenden Ausgaben der Armee sind aus mehreren Gründen inakzeptabel. Dank der GSoA ist die Armee zwar nicht mehr die heilige Kuh, die sie einst war. Die Gesellschaft steht ihr sehr viel kritischer gegenüber, als dies noch vor 30 Jahren der Fall war. Die Rüstungslobby und die Militärköpfe im Parla-

ment verfügen aber über so viel Einfluss, dass sich das Misstrauen der Bevölkerung nie im Armeebudget niederschlägt und so die Armee weiter Steuergelder verschleudern kann. Auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen ist so viel Geld schlicht falsch investiert. Die wirklichen Probleme, denen sich die Schweiz stellen muss, sind nicht mit mehr Waffenplätzen oder neuer Schutzausrüstung zu bekämpfen. Klimawandel und steigende soziale Ungleichheit überall auf der Welt bedürfen einer anderen als der militärischen Logik, um nachhaltig beseitigt werden zu können.

## KAMPFFJETS

## Air2030 erregt immer mehr Argwohn

Air2030: Was genau steckt in Guy Parmelins wundersamem Paket? Als das sehr teure Kaufprojekt in die Vernehmlassung geschickt wurde, hatten die PolitikerInnen die Möglichkeit, das Vorhaben näher zu untersuchen. Dieses stösst mittlerweile auch im bürgerlichen Lager auf kritische Stimmen. Von Nicolas Félix

Im Herbst 2017 beschloss Guy Parmelin, das Projekt zur Erneuerung der bodengestützten Luftverteidigung mit der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge im Rahmen eines Planungsbeschlusses, der einem fakultativen Referendum unterliegt, zusammenzulegen. Mit dieser Strategie vermittelt der Bundesrat den Eindruck von Demokratie, ohne den WählerInnen die Möglichkeit zu geben, den Inhalt des Projekts genau zu prüfen. Seitdem haben sich viele gefragt, ob das Manöver des VBS-Chefs es ermöglicht, dieses zu einem Mammutprojekt gewordenen Vorhaben über die Bühne zu bringen.

### Welle des Zweifels in den Reihen der Rechten

Nach der Niederlage des Gripen war die Rechte skeptisch gegenüber einer weiteren Volksabstimmung über den Erwerb von Kampfflugzeugen. Der Chef des VBS äusserte sich seinerseits zu diesem Thema am Rande einer Pressekonferenz am 8. März am Mikrofon des RTS: «Die Frage ist wichtig genug, um die Bevölkerung zu konsultieren, man schenkt ihr damit Vertrauen». Aber das Vertrauen der Bevölkerung muss man sich zuerst verdienen und bei einem ebenso teuren wie undurchsichtigen Projekt ist die Mission gefährlich. So sehen es auch einige bürgerlichen VertreterIn-

nen, die es vorziehen würden, das Air2030-Paket aufzuteilen – in einen Kampffjet- und einen Bodluf-Teil. So hat sich beispielsweise FDP-Parteipräsidentin Petra Gössi für ein Splitting der Vorlage ausgesprochen. Auch die GSoA steht einer Aufspaltung der Vorlage in einen Bodluf- und einen Kampffjetteil positiv gegenüber.

### Angst vor dem Scheitern

Mehrere Ständeräte aus der FDP und der CVP haben sich in den letzten Monaten kritisch gegenüber dem Plan Parmelins geäussert. Sie fürchten eine Ablehnung der Vorlage, wie es schon beim Gripen der Fall war. Klar ist: Ausgaben in der Höhe von 8 Milliarden Franken und somit von bis zu 24 Milliarden Franken über die gesamte Lebensdauer, kommen bei der Bevölkerung schlecht an, wenn gleichzeitig in den Kantonen die Abbauwut tobt. Konsequenz sind die Bürgerlichen wegen dem aber noch lange nicht. Anstatt das Projekt redimensionieren zu wollen, würden sie am liebsten ohne Volksabstimmung Kampffjets kaufen. Exemplarisch für diesen Kurswechsel steht wiederum FDP-Präsidentin Petra Gössi. Im Juni des letzten Jahres liess sie im Blick verlauten: «Ich bin für einen Volksentscheid.» Ein Jahr später sagte sie an einem Anlass der Luftwaffe, dass das angestrebte Referendum fragwürdig sei. Für die GSoA wiederum bleibt alles beim Alten: Es braucht eine referendumsfähige Vorlage, welche die konkrete Anzahl, die konkreten Kosten und den konkreten Typus der Kampffjets enthält. Alle anderen Pläne nehmen den Willen der Bevölkerung, der bei der Ablehnung des Gripen klar zum Ausdruck kam, nicht ernst.



## MOTION

## Wenn SicherheitspolitikerInnen den Rechtsstaat untergraben

Die Motion Rieder fand kürzlich eine Mehrheit im Parlament. Im Visier dieses Vorschlags stehen «potenziell gewalttätige Extremisten», deren Grundrecht auf Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden soll. Von Nicolas Félix

Im September 2017 stellte CVP-Ständerat Beat Rieder eine Motion mit dem Titel «Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten» vor. Diese orientiert sich an Artikel 24c des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), der die Möglichkeit vorsieht, Hooligans «eine Reisebeschränkung» aufzuerlegen. Die Motion Rieder will diese Massnahme auf «potenzielle Gewaltextremisten» ausdehnen.

### Um wen geht es hier?

In einem Bericht vom 14. Mai 2018 spricht eine Mehrheit der sicherheitspolitischen Kommission von Personen, die «nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligt [waren]». Diese Formulierung sagt jedoch nichts darüber aus, ob diese Per-

sonen tatsächlich wegen Gewalt verurteilt wurden. Zudem kann das «potenzielle» Begehen einer Gewalttat nicht als Kriterium für die Identifizierung eines sogenannten «Extremisten» verwendet werden. Jemand, der sich keiner Straftat schuldig gemacht hat, würde somit verdächtigt werden, diese in Zukunft zu begehen.

### Zwischen Mass und Übermass

Wäre daher die Teilnahme an politischen Treffen oder Kundgebungen – zum Beispiel antimilitaristischer Natur – ein Kriterium, das eine solche Einschränkung der Bewegungsfreiheit rechtfertigen könnte? Der gegenwärtige Ruf nach militärischer Sicherheit ermutigt viele PolitikerInnen, sich für ein Vorsorgeprinzip in Form von freiheitsfeindlichen Massnahmen einzusetzen. Dabei irren sie sich, denn Prävention heisst nicht, potenzielle Gewalt zu bekämpfen, sondern das Entstehen von Gewaltpotential zu bremsen. Von ihren Emotionen geleitet, tappen SicherheitspolitikerInnen allzu oft in die Falle extremer und undifferenzierter Massnahmen.

LANDESSTREIK

# «Euch mutet man zu, auf die eigenen Kinder zu schiessen»

**Der Landesstreik vom November 1918 wurde ausgelöst durch einen nationalen Armeeinsatz. Von Josef Lang**

Der Generalstreik ist mit 250'000 Teilnehmenden und zahllosen Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen die bedeutendste Protestaktion in der gesamten Schweizergeschichte. Die meisten der neun Forderungen wurden in den folgenden Monaten (Proporz, 48 Stundenwoche), Jahren (Lebensmittelversorgung) und Jahrzehnten (AHV/IV, Frauenstimmrecht) umgesetzt. Kürzlich haben ein Militär- und ein Wirtschaftshistoriker der Uni Zürich, beides ehemalige Linke, an einer Historikertagung und in der NZZ Sinn und Notwendigkeit des Generalstreiks in Frage gestellt. Schliesslich habe es bis in den November 1918 eine «merkliche Verbesserung der Lebenshaltung» gegeben. Dabei übersehen die beiden Autoren, dass der Landesstreik eingebettet war in eine dreijährige Streik- und Protestwelle. So beteiligten sich zwischen 207'000 (1917) und 440'000 Arbeitende (1919) an Lohnbewegungen.

**Kaskade von «Ordnungseinsätzen»**

Vor allem aber blenden sie aus, dass der Landesstreik ausgelöst wurde durch den Beschluss des Bundesrates, gegen drohende Unruhen in Zürich eine bewaffnete Bundesintervention durchzuführen. In keiner politischen Frage war die ArbeiterInnenbewegung, derart sensibilisiert wie in der von inneren Armeeinsätzen. Zwischen 1875 und Oktober 1918 hatte es etwa 60 militärische Aufgebote gegen Streikende und Protestierende gegeben. In allen sechs lokalen Generalstreiks zwischen 1902 und 1912 hatte die Armee eingegriffen. Nachdem 1902 die Intervention gegen den Genfer Generalstreik von 565 Soldaten, einem Viertel der Aufgebotenen, verweigert worden war, verfügte der spätere General Wille, künftig

nur noch ortsfremde Truppen einzusetzen. Im Bundesrats-Protokoll vom 10 November 1918 während dem ersten Weltkrieg, ist über ein Treffen mit Arbeiterführern festgehalten, dass «die Gemüter in Zürich sehr erregt seien durch das Herumziehen der Truppen, durch das Schiessen und durch das Auffahren von Maschinengewehren.»

Der Aufruf des Oltener Komitees zum Landesgeneralstreik vom 11. November begann mit einem Hinweis auf den vielerorts durchgeführten «24-stündigen Streik gegen die provozierenden Truppeneingebote des Bundesrates.» Da dieser die Truppen nicht zurückzog und den «Belagerungszustand» nicht aufhob, bleibe kein anderer Weg als ein unbefristeter und allgemeiner Streik. Neben den Arbeitern und Eisenbahnern richtete sich die Proklamation an die «Wehrmänner». Da die Rolle der Armee allgemein unterschätzt wird, sei hier der ganze Abschnitt zitiert: «An euch werden die Herrschenden appellieren, das gegenwärtige Regime mit Waffengewalt zu schützen. Euch mutet man zu, auf die eigenen Kinder zu schiessen, vor dem Mord eurer eigenen Frau und eurer eignen Brüder nicht zurückzuschrecken. Ihr werdet das Verweigern; ihr werdet nicht zum Henker der eigenen Angehörigen und Volksgenossen werden. Zur Vermeidung blutiger Konflikte fordern wir euch auf, in allen mobilisierten Einheiten Soldatenräte zu bilden, die im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen ihre Massnahmen treffen.»

**«Die Truppen waren feindselig»**

Allerdings blieben praktisch alle 95'000 Soldaten, grossmehrheitlich Bauern, gehorsam. Robert Grimm, Präsident des Oltner Komitees, musste eingestehen: «Die Truppen waren uns gegenüber feindselig gestimmt.» In Grenchen wurden drei Arbeiter erschossen, an vielen Orten gab es Verletzte. Aufgrund eines harten Ultimatums des Bundesrates, das of-

fensichtlich einen Bürgerkrieg in Kauf nahm, wurde der Streik nach drei Tagen abgebrochen. Der Graben zwischen der Armee und der Linken war tiefer denn je.

Vor allem ging es weiter mit den Militäreinsätzen gegen Streikende und NazigegnerInnen. So wurden beim Basler Generalstreik von 1919 fünf Arbeitende erschossen und mehrere verletzt. Wie reaktionär die Armee war, zeigen ihre häufigen Einsätze gegen antinazistische Kundgebungen. An einer solchen wurden in Genf am 9. November 1932 13 Antifaschisten erschossen und 65 verletzt. Unter den Toten war ein Vater, dessen Sohn als Rekrut mitgeschossen musste.



Die Kavallerie im Einsatz gegen DemonstrantInnen auf dem Zürcher Paradeplatz 1918. Bildquelle: Stadtarchiv Zürich

## Erneute Legitimation der P-26 in Frage gestellt

Nach Einreichung der beiden Klagen von GSoA-AktivistInnen aus der West- und Deutschschweiz gegen einen Dokumentarfilm von «Temps Présent», der die Schweizer Geheimearmee rehabilitierte, hat sich der Ton nun geändert.

Nachdem sich keine Gegner der Geheimearmee (Historiker, Mitglieder der parlamentarischen Untersuchungskommission) im RTS-Dokumentarfilm äussern konnten, luden die öffentlichen Medien sie ein, zur Veröffentlichung der Doktorarbeit des pro-P-26 Historikers und Staboffiziers Titus Meier Stellung zu nehmen. Die Diskussion trug dazu bei, eines der zentralen Argumente der «Rehabilitanden» zu widerlegen. Sie behaupten nämlich, dass die P-26 Teil der Widerstandsvorbereitungen für den Fall einer Besetzung der Schweiz seit 1940 sind und dass sie während des Kalten Krieges vom Bundesrat unterstützt wurden. In einem Artikel in der Weltwoche (Nr. 29/2018) zeigt der Journalist Urs Paul Engeler, dass der Bundesrat in seiner einzigen Stellungnahme zu diesem Thema die Idee dieser Vorbereitungen sehr kritisch beurteilt hat, im Gegensatz zu dem, was Meier andeutet.

Die Klagen der GSoA-AktivistInnen werden im Herbst dieses Jahres behandelt.

## Umfrage GSoA-Zeitung

Was denken Sie über die GSoA-Zeitung? Haben Sie konkrete Verbesserungsvorschläge für uns? Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Falls Sie nicht zu allen Fragen eine Meinung haben, können Sie die Frage auch einfach unbeantwortet lassen.

Den ausgefüllten Bogen können Sie an GSoA, Postfach, 3001 Bern zurückschicken. Falls Sie ihn lieber online ausfüllen möchten, können Sie das unter: <https://bit.ly/2KQhGtx>

**Ich lese die GSoA-Zeitung**

Immer     Nie

**Ich finde das Format (Seitengrösse) der Zeitung**

Zu gross     Zu klein

**Am liebsten lese ich Zeitungen im**

- Klassischen Zeitungsformat
- Tabloidformat (Heft, etwas grösser als A4)
- A4-Heft
- Sonstiges: .....

**Das Layout der Zeitung finde ich**

Sehr ansprechend    Nicht ansprechend

**Vier Ausgaben pro Jahr sind**

Zu viel    Zu wenig

**Acht Seiten pro Zeitung sind**

Zu viel    Zu wenig

**Zeitungen mit farbigen Bildern sprechen mich**

mehr an als Zeitungen mit schwarzweiss Bildern    weniger an als Zeitungen mit schwarzweiss Bildern

**Die GSoA-Zeitung überzeugt inhaltlich**

Immer    Nie

**Ich lese die GSoA-Zeitung seit**

- über 10 Jahren
- weniger als 10 Jahren aber doch schon lange
- seit kurzem

**Ich habe folgende Wünsche und Anregungen:**

.....

.....

.....

.....

**Geschlecht**

weiblich  
 männlich  
 anderes

**Alter**

<19  
 20-29  
 30-49  
 50-64  
 >65

**Ich bin**

GSoA-Mitglied  
 Zeitungsabonnent\_in  
 weder noch

**Email für Rückfragen:**

.....



SEKRETARIAT

# Danke!

Im Herbst verlassen uns zwei langjährige Sekretariatsmitglieder. Wir danken ihnen für ihren riesigen Einsatz und wünschen ihnen nur das Beste für die Zukunft!  
 Von Muriel Waeger

**Youniss Mussa** und **Magdalena Küng** sind zwar AntimilitaristInnen, haben jedoch bis zum Ende gedient! Wir bedauern, dass wir zwei engagierte Mitglieder unseres Teams ziehen lassen müssen, freuen uns aber, dass sie uns als Teil des Vorstands und in den Regionalgruppen erhalten bleiben.  
 Magdalena, auch genannt Lena, ist seit Sommer 2016 bei der GSoA aktiv. Ihr Arbeitsbeginn kam praktisch zeitgleich mit dem Startschuss zur Kriegsgeschäfte-Initiative, die wir im Juni bei der Bundeskanzlei eingereicht haben. Lena war nicht nur an der Ausarbeitung des Textes, dem Aufbau der Sammelgruppen oder an zahlreichen Rechercheprojekten beteiligt und hat somit erheblich zum Gelingen der Initiative beigetragen, sie war auch in-

nerhalb des Sekretariatsteams eine wichtige Person. Um ihren Masterabschluss in Soziologie und Recht fristgerecht unter Dach und Fach zu bringen, müssen wir sie Ende September leider in die akademische Welt entlassen. Bereits Ende August verlässt uns Youniss, der seit Winter 2016 auf dem Sekretariat in Genf gearbeitet hat. Youniss übernahm die Verantwortung für das Unterschriften sammeln in der Romandie, organisierte Infoevents und Workshops und sorgte dafür, dass die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee auch in der Westschweiz wieder mehr Aufmerksamkeit erhielt. Youniss wird sich ebenfalls auf seine Ausbildung konzentrieren. Als Mitglied des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Genf wird er zudem mehr Zeit in die Parteipolitik investieren können.  
 Wir danken Youniss und Lena für ihren riesigen Einsatz, für ihre Freude an der sicherheits- und friedenspolitischen Arbeit und für ihren unschätzbaren wichtigen Einsatz für eine friedlichere Welt und eine konsequent humanitäre Schweiz! Die neuen SekretärInnen, welche in Zukunft die Sekretariate Genf und Zürich unterstützen werden, waren zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt – wir werden sie Ihnen in der nächsten Zeitung vorstellen.

## Post von der GSoA

(js) Zwei Neuigkeiten bereichern seit Kurzem unseren Shop. Wir freuen uns, dass wir euch endlich die heissersehnten GSoA-Jasskarten für nur 5.– Franken präsentieren können. Die Karten gibt es mit deutschschweizer oder französischem Sujet und sorgen garantiert für Jassvergnügen zu Hause, in der Lieblingsbeiz oder im Militär – inklusive Diskussionen ausgelöst durch das GSoA-Logo auf der Rückseite.

Ab sofort gibt es in unserem Shop auch ein Feldpost-Päckli für RekrutInnen zum Spezialpreis von 60.– Franken. Garantiert geeignet als Überraschung und als Aufheiterung für alle vom Militär gestressten Menschen.

Das Paket enthält ein T-Shirt mit der Aufschrift «L'armee, ça tue, ça pollue, ça rend con», ein GSoA-Sackmesser, ein Feuerzeug, einen Schlüsselanhänger, einen Peace-Button und natürlich unsere brandneuen Jasskarten sowie einen Kugelschreiber zum Punkte aufschreiben. Verpackt ist das Ganze in unserem Hipstersäckli mit der Aufschrift «Ausgeschossen».

Jasskarten und Feldpost-Päckli sind ab sofort via unten stehendes Formular oder auf [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch) bestellbar.



**GREGOR,**  
 das glückliche Gewehr  
 Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:  
[www.youtube.com/user/GregorsGunTV](http://www.youtube.com/user/GregorsGunTV)



## GSoA-Material...

### Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
 Str./Nr. \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Tel. \_\_\_\_\_  
 E-Mail \_\_\_\_\_  E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.–	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.–	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.–	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.–	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.–	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.–	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Jasskarten	<input type="radio"/> de Set <input type="radio"/> fr Set		Fr. 5.–	
<input type="checkbox"/>	Feldpost-Päckli			Fr. 60.–	
<b>Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:</b>					
<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.–	
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
<b>Versandkostenanteil</b>					<b>Fr. 4.80</b>

Ich werde GSoA-Mitglied  Verdienende Fr. 100.–  Nichtverdienende Fr. 50.–  
 Spende  Fr. \_\_\_\_\_  Fr. 50.–  Fr. 20.–  Fr. 10.–  
 Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

**Rechnungsbetrag**  
 Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, [www.gsoa.ch/material](http://www.gsoa.ch/material)



### Impressum

**Redaktion:** Sebastian Büchler (sb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Nicloas Félix (nf), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df), Mélanie Glayre (mg), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Youniss Mussa (ym), Oger (og), Martin Parpan (mp), Julien Repond (jr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Muriel Waeger (mw), Andreas Weibel (aw)  
**Cartoons:** Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich  
**Auflage:** 20 000, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5  
**Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: [gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch), [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch)  
 LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.